

Halle-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Versteht sich von selbst, am Sonntag 6 Pfennig. Die Tages-Gebühr beträgt in Stadt und Land 10 Pfennig. Die Post für Halle monatlich 10 Pfennig, in den Postgebieten abgesehen 10 Pfennig monatlich. Die abg. gestellten Anzeigen-Preise sind in der Halle 10 Pfennig, in den auswärtigen Bezirken 15 Pfennig. Refusieren die Anzeigen-Preise 10 Pfennig in der Halle und 15 Pfennig in den auswärtigen Bezirken. Anzeigen-Preise siehe die Sonntagsblätter.

Versteht sich von selbst, am Sonntag 6 Pfennig. Die Tages-Gebühr beträgt in Stadt und Land 10 Pfennig. Die Post für Halle monatlich 10 Pfennig, in den Postgebieten abgesehen 10 Pfennig monatlich. Die abg. gestellten Anzeigen-Preise sind in der Halle 10 Pfennig, in den auswärtigen Bezirken 15 Pfennig. Refusieren die Anzeigen-Preise 10 Pfennig in der Halle und 15 Pfennig in den auswärtigen Bezirken. Anzeigen-Preise siehe die Sonntagsblätter.

Englands Unbehagen.

„Deutschland frei von Verantwortung“.

Englische Auffassung über die Finanzkontrolle. London, 22. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Annahme der Finanzkontrolle durch die deutsche Regierung wird in der englischen Presse mit Stillschweigen übergangen. Nach welcher Richtung die englische Meinung in dieser Frage geht, erkennt man jedoch am besten in der liberagen „Westminster Gazette“, die noch vor einigen Tagen erklärte, daß natürlich niemals die deutsche Regierung sich zur Annahme der Kontrolle durch die Alliierten bereit erklären werde. Heute hat das gleiche Blatt, das, selbst wenn die Alliierten darauf noch fästimmer als China beharren, sie darum nicht mehr von ihm erhalten, als der Abschluß der Zukunft über die Einfluß. Durch die Kontrolle sei die Verantwortung Deutschlands zu Ende und die Alliierten würden in sehr ernste Schwierigkeiten hinsichtlich ihrer Beziehungen zu den deutschen Republikanern geraten.

Eine russische Außenhandelsbank.

Berlin, 22. Juli. Von der Sowjetregierung wird zur Zeit, wie der Deutsche Handelsdienst erzählt, die Schaffung einer selbständigen Bank für die europäischen Staaten geplant. Da somit die Voraussetzung für die geplante Gründung einer russisch-sowjetischen Bank wegfiel, hat das Komitee für Konzeptionen einen diesbezüglichen Antrag sowjetischer Finanzkreise abgelehnt.

Eine Konferenz hinter verschlossenen Türen.

Die Petroleummagnaten. Haag, 22. Juli. Auf Veranlassung des russischen Delegationsführers Litwinow tagt in Haag hinter verschlossenen Türen seit dem 18. Juli eine Konferenz führender englischer, holländischer und amerikanischer Petroleummagnaten. Das Ziel der Tagung soll eine Verständigung der beiden konkurrierenden Weltkräfte hinsichtlich der Ausbeutung der russischen Petroleumfelder sein. Daß sich das amerikanische Petroleumkapital in dieser Weise herbeizieht, hat mit dem europäischen Konzern hinsichtlich Russlands zu verhandeln, ist eine an und für sich bedeutsame aus der Saager Russentagung hervorragende Tatsache.

Deutschlands Durchgangsverkehr nach Rußland.

Abmachungen mit den Polen. Berlin, 22. Juli. Wie mitgeteilt wird, ist als Ergebnis der bisherigen beiderseitigen Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen von den beiderseitigen Delegierten ein Vorabkommen geschlossen worden. Wie die Telegramme ergänzend erzählt, wurde zunächst ein gemeinschaftliches Programm aufgestellt bezüglich der einzelnen Punkte, die bei den demnächst stattfindenden Hauptverhandlungen behandelt werden sollen. Außerdem wurde ein Vorabkommen geschlossen in dem Bestreben, für den Verlauf der Verhandlungen eine gute Atmosphäre zu schaffen. In diesem Vorabkommen wird folgendes bestimmt: Die deutsche Regierung verpflichtet sich, die nach Polen vorübergehenden Ausfuhrgegenstände ebenso zu behandeln wie die Ausfuhrgegenstände nach anderen Ländern. Polen seinerseits verpflichtet sich, Deutschland zu einem Handelsverkehr durch Polen nach Rußland zu ermöglichen. Diese beiderseitigen Verpflichtungen sollen in einzelnen noch weiter geregelt und ausgebaut werden. Im Prinzip liegen sie jedoch fest und die Ausführung soll auch sofort in die Wege geleitet werden. Gegenseitige Verpflichtungen wurden auch getroffen seitens Deutschlands bezüglich der Durchführung des Wiesbadener Abkommens über bestimmte Herbeiführungen und seitens Polens bezüglich der aus dem Bromberger Abkommen herrührenden Zahlungen für Schiffslieferungen. Die neuen Verhandlungen beginnen am 1. Dezember in Dresden. Teilweise sollen sie auch in Warschau geführt werden. Zunächst werden sechs Kommissionen zur Erledigung der einzelnen Fragen gebildet werden.

Deutschnationaler Protest.

Breslau, 22. Juli. Die schlesischen Deutschnationalen haben an den preussischen Minister des Innern eine Beschwerde gerichtet, da auf Grund des neuen Schußgesetzes der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien angeordnet hat, daß die Versammlungen der Deutschnationalen Volkspartei anzuordnen sind. Diese Maßregelung sei durch nichts gerechtfertigt.

Bayern und das Schußgesetz.

München, 22. Juli. Wie die Telegraphenunion am unterrichteter Seite erzählt, steht der Rücktritt des Reichsgeleitanden in München Herrn Grafen von Joch unmittelbar bevor. Die bayerische Regierung hat gegenüber der Reichsregierung den Wunsch nach Wiedereinstellung des Grafen Joch zum Ausdruck gebracht. Die Münchener „Neuesten Nachrichten“ schreiben heute, daß eine Verhinderung der Rufe eingetreten ist. Es könne gesagt werden, daß die Bayerische Volkspartei auf einen bestimmten Beschluß hinwarte, wie Bayern in eigenen Verordnungen und im Rahmen eigener Behörde und Möglichkeiten das zu erreichen po-

tennte, was das Schußgesetz für das Reich bedeute. Die Parteien haben aber die verfassungsrechtlichen Bedenken, die diesem Begehren entgegenstehen, sehr wohl erkannt. Die Demokraten und der Bauernbund konnte sich auf den Boden der Vorschläge der Bayerischen Volkspartei nicht stellen. Das Blatt schreibt weiter, es sei nicht zu erwarten, daß in den nächsten Stunden eine Entscheidung fällt. Schwache Hoffnung auf eine glückliche Lösung sei noch vorhanden.

Polen für Korsanig.

Paris, 22. Juli. Nach hier vorliegenden Meldungen aus Polen wächst fort die Erregung infolge der Warschauer Staatstriebe von Stunde zu Stunde. Die Wahl Korsanigs zum Ministerpräsidenten wird dort förmlich begrüßt und darüber hinaus der sofortige Rücktritt Bismarcks und die Belegung des gesamten polnischen Regierungsapparates von Warschau nach Polen verlangt mit der Drohung, daß andernfalls die ehemalige deutsche Provinz mit Einschluß Oberschlesiens sich von Warschau abtrennen und selbständig machen müßte.

Kaiser Wilhelm gegen Schriftsteller Ludwig.

Um das Drama „Die Entlassung“.

Berlin, 22. Juli. Wie die „Dena“ erzählt, findet am kommenden Dienstag, 11 Uhr vormittags von dem Landgericht III Berlin ein Termin statt, in dem einmündigen Verfügungsbegehren des ehemaligen Königs von Preußen gegen den Schriftsteller Emil Ludwig. Der Antrag geht dahin, die öffentliche Aufführung und den Buchverlag des Ludwigschen Buches gegen den Schriftsteller Emil Ludwig zu untersagen. Dieses Stück behandelt, wie bekannt, die gesamten Vorgänge, die zur Entlassung des Fürsten Bismarck geführt haben. Kaiser Wilhelm II. und alle damals lebenden Persönlichkeiten treten in diesem Stück persönlich und handlungs auf, unter voller Nennung. In dem Antrag werden zahlreiche Fragen von größter prinzipieller Bedeutung erörtert werden müssen, die unter Umständen ausgedehnter sein können für Festlegung neuer Rechtsgrundsätze. Inwieweit wird die Frage zu entscheiden sein, ob es sich jemand gefallen lassen muß, daß seine Person bei Lebzeiten auf die Bühne gebracht wird. Gemindert hat voranschrittlich die Umstände, die zur Entlassung des Fürsten Bismarck führten, ausführlich behandelt werden dürfen. Der normale König von Preußen wird vertreten durch die Rechtsanwältin Dr. Franfurter und Herr Wolff, Emil Ludwig durch den Rechtsanwalt Dr. Grünwald.

Am gleichen Tage findet auch die Verhandlung eines Prozeßes statt, den die Erben des Staatsministers von Boetticher durch die gleichen Anwälte gegen Emil Ludwig angestrengt haben, weil in dem genannten Stück auch die Verleumdung des Staatsministers von Boetticher in besonders herabwürdigender Weise auftritt.

Die Verhandlungen mit der Beamtenchaft.

Berlin, 22. Juli. Im Reichsfinanzministerium beraten seit dem frühen Vormittag Vertreter des Reichsfinanzministeriums mit den Vertretern der Beamtenverbände und den Mitgliedern des Beamtenauschusses des Reichstages über die Erhöhung der Bezüge der Beamten. Die Verhandlungen gestalteten sich äußerst schwierig. Es wurde bis jetzt kein Ergebnis erzielt. Man rechnet damit, daß sich die Verhandlungen bis zum späten Abend hinziehen werden.

Das Sichtspielgesetz.

Berlin, 22. Juli. Gemäß einem Beschluß des Reichstages wird beim Reichsmittelgesetz des Innern zur Zeit das Sichtspielgesetz nachgeprüft. Die Vorarbeiten haben noch nicht zur Aufstellung eines neuen Entwurfs geführt. Mitteilungen über die angelegte Wichtigkeit der beteiligten Bezirke, die Genjur zu verschärfen, entstehen jeder Grundlage.

Allgemeiner Studentenaufruf.

Würzburg, 22. Juli. Auf dem Allgemeinen deutschen Studententag in Würzburg sind bisher bereits Dreizehntel der Studentenschaft vertreten (61 von 81), die zusammen mehr als 130 Stimmen vertreten (von 180). Damit ist die Durchführung der in Würzburg verbotenen Tagung abgesichert.

Gepanzerte Kriminalbeamte.

Berlin, 22. Juli. Nach dem Vorbild von London und New York hat man jetzt auch bei der Berliner Kriminalpolizei gegenwärtig Bewegungseingriffe eingeführt. Der Panzer besteht aus gepanzerten aneinandergerichtet, besonders gefährlichen, kleinen Stahlplättchen, die dem Träger die größte Bewegungsfreiheit lassen. Die bisher vorgenommenen Schießproben, auch mit den härtesten Kalibern der Heeresartillerie habe die Angewandtheit dieser Panzer bewiesen. Da der Herstellungspreis ein verhältnismäßig hoher ist, konnten vorläufig nur eine geringe Anzahl angeschafft werden, die den Beamten für besonders gefährliche Aktionen zur Verfügung stehen.

Eine neue Forderung der Militärkontrollkommission. Die Internationalisierte Militärkontrollkommission hat erneut die Fortsetzung der ehemaligen Munitionsfabrik Neu-Neus nach ländlichen Gebäuden gefordert. Die Fabrik ist bereits seit dem Ende des Krieges auf die Rekrutierung von Eisenbahn- und Feldbahnmaterial umgestellt worden.

Ein Kämpfer für die Wahrheit.

Ein Engländer über das Lügengewebe der deutschen Schuld.

Aus der Feder des früheren britischen Parlamentsmitgliedes Francis Keiffon erschien 1919 ein Buch „Wie Diplomaten Kriege machen“, das als eines der ersten Dokumente über die Kriegsschuld erhellendes Material machte. Demnach trieb der Verräter mit einem neuen Wert an die Öffentlichkeit, das den Titel „Eine Pflicht gegen die Kultur“ (Verlag von G. Hirtel, Leipzig. Überbietet von Willm G. Peters) trägt und in dem der Engländer mit größtem Geizmat und Berichtigung eines reichen Tatsachenmaterials das Lügengewebe von der Alliierten Deutschlands am Kriege zerlegt. Keiffons Appell der Wahrheit endlich die Ehre zu geben, richtet sich vor allem auch an die Abreize der Amerikaner, aus deren Mitte heraus er wegen seiner mannhaften Haltung heilig angesehen werden ist. Wir sind in der Lage, im folgenden einige Absätze aus dem höchst bemerkenswerten Buch mitzuteilen zu können.

„Vielleicht glauben eine große Anzahl von Menschen, daß es jetzt zu spät ist, die Unteruchung des Kriegsergründungs wieder zu eröffnen, weil die deutsche Regierung die Entschuldigungsbedingungen, die ihr von Lloyd George und Briand auferlegt wurden, angenommen hat. Dies würde aber eine sehr kurzfristige Aufhebung sein, wenn sie auch natürlich mit dem allgemeinen üblichen Verfahren übereinstimmen würde. Eine solche Sinnahme der Tatsachen hat ja doch viele Nachteile. Sie würde erstens nichts zum Abschluß bringen und zweitens ganz sicher ein Mittel sein, um eine Nebendpartei der Chauvinisten in Deutschland heranzuziehen. Ferner ist die Haltung des ernsthaften Historikers zu berücksichtigen, welcher mit kühler Unparteilichkeit an diese Frage herangehen und keine Wähler spon aus vielen Ländern, daß die Historiker diese Arbeit in die Hand genommen haben. Die Wahrheit steht am Tagestisch, was auch einige Professoren der Staatswissenschaften an amerikanischen Universitäten über ihre Zweckmäßigkeit denken mögen. Diese Männer werden bald lernen müssen, daß sie ihren Geist von all den Ideen befreien müssen, welche ihnen die Kriegspropagandisten in dem Vorkriegsdeutschland der offiziellen Entschuldigung Deutschlands in den Kopf gelehrt haben. Der „Boston Herald“ hat nicht fälschlicherweise geschrieben: „Gott hat in seinen Aufträgen in der „American Historical Review“ diese lächerliche Legende völlig widerlegt.“ Sie müssen sich auch von dem Gedanken befreien, daß der frühere Kaiser diesen Krieg mit voller Absicht vorbereitet habe, und daß er seine Regierung Österreich zu Maßnahmen angetrieben haben, die einen europäischen Brand entfesselt hätten. Eine weitere Vorstellung, die ihnen von den Elfen von „Greve Douve“ beigebracht wurde, ist die, daß England in den Krieg gegangen sei, um die Rechte der kleinen Nationen zu schützen. Auch dieser Gedanke muß in die Kumpellammer verwiesen werden, und mit ihm muß die Vorstellung fallen, daß der Krieg begann, als die Deutschen am 4. August 1914 sich das Gebiet verlehren: Und so muß jede Vorstellung über die Mobilisierung der verschiedenen Heere, welche von den Kriegspropagandisten der Entente-Militären genährt worden ist, als vollständig falsch und lägenhaft verworfen werden.

Es werden aber trotz der Information, die jetzt über den Ursprung dieses Krieges verbreitet ist, doch noch im Geiste einiger Professoren der Staatswissenschaften all die Geschichten übrig bleiben, welche der überheblichen Einbildungskraft der Parteigänger entsprungen sind, die nach dem Kriege romantische Erfindungen, phantastischer als alle Schwindelndein Märchenhäufens und de Klugemonts, in die Welt zu setzen begannen. Diese Entwürfungen hatten selbstverständlich nicht das Geringste mit dem Ursprung des Krieges zu tun; dennoch wurde die Befehlsfindungen Deutschlands, soweit das breite Publikum in Frage kommt, größtenteils auf ihnen begründet. Die geistigen Führer Amerikas müssen wissen, daß die Deutschen in der Vorbereitung für den Kampf keine Zementblöcke für ihre Geheime in Belgien, am Pas de Calais und in Briton niedergelegt haben. Zudem, der offizielle englische Kriegsminister, hat dieses Lügengewebe zerissen. Es hat keine Engel bei Wons gegeben. Die englische Kreuzfahrtschiffahrt, deren Verste nach der Fallungation ihrer Schiffe von deutschen Soldaten abgefeuert worden waren, befand sich zur Zeit, wo diese Tat angeht gesehen sein sollte, nicht auf dem Kontinent. Dies wurde erwiesen in der gerichtlichen Unteruchung des Falles, welche vor dem Oberpräsidenten des Rats in Edinburgh stattfand. Die Briefmarke des „Neuen All“, die bei ihrer Entwertung die schriftliche Mitteilung enthält, daß ihm die Junge abgefeuert worden sei, war ein weiteres Märchen, welches von dem Kanonikus Peter Green von der Stadtkirche zu Manchester ausgedacht worden ist. Die Geschichte des getreuzigten Soldaten war ebenso ein Produkt der Einbildungskraft irgendeines journalistischen Wundhäufens und sie wurde von General Warsh in Washington abgefeuert. Dennoch hat diese Junge ihren Zweck erfüllt und die Grundlage eines Kriegspropagandahauptstücks abgegeben, welches den Segen Woodrow Wilsons erhielt. Und so geht es weiter mit 99 Prozent der einzelnen Erweckensentationen, die in der Presse aufgeführt sind und von Bildbroschüren im Umlauf gesetzt wurden. Natürlich gibt

